



Presseschau vom 11.01.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

De.sputniknews.com: Das thailändische Verteidigungsministerium hat laut Minister Prawit Wongsuwan den Vertrag mit Kiew über den Kauf von Kampfpanzern des Typs Oplot wegen der Nichterfüllung der Bedingungen der Vereinbarung durch die Ukraine gekündigt, wie die ukrainische Zeitung „Vesti“ berichtet.

Dem General zufolge sollte die Armee des Landes gemäß dem Vertrag, der noch 2011 unterzeichnet wurde, bis zum Oktober 2017 insgesamt 49 Panzer bekommen. Doch sei es immer wieder zu Problemen und Verzögerungen der Lieferungen gekommen. Im vergangenen Jahr habe die ukrainische Seite lediglich 20 Oplots geliefert. Aus Hongkong hieß es, dass diese Probleme vor allem mit der inneren Situation in der Ukraine zusammenhängen.

Daraufhin kürzte das thailändische Armeekomitee, das für die Einkäufe von Militärtechnik verantwortlich ist, zuerst den Vertragsumfang mit der Ukraine, und fand dann gar eine Alternative in China. Mit dem Land wurde ein Vertrag zur Lieferung von zunächst 28 Kampfmaschinen vom Typ VT-4 unterzeichnet, mit der Option einer eventuellen Erhöhung der Stückzahl.

Die Ukraine hatte im September 2011 mit Thailand einen Vertrag über die Lieferung von 49 Panzern des Typs T-84 geschlossen. Die Kampffahrzeuge des ukrainischen Unternehmens

„Ukrspesexport“ im Gesamtwert von 240 Millionen Dollar hätten von 2011 bis 2014 geliefert werden sollen. Die Verzögerungen hatten noch im vergangenen Jahr bei hochrangigen Beamten Bedenken hervorgerufen.



<https://cdn11.img.sputniknews.com/images/30261/00/302610004.jpg>

Dan-news.info: „Gegen 20:00 Uhr hat die ukrainische Seite einen Beschuss von **Oserjanowka, Sajzewo und Schirokaja Balka** begonnen. Bisher sind keine Informationen über Verletzte und Zerstörungen eingegangen. Der Beschuss geht weiter“, sagte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko. Das operative Kommando der DVR fügte hinzu, dass auch die Dörfer **Spartak und Shabitschewo** nördlich von Donezk beschossen wurden.

de.sputniknews.com: Anti-Doping-Agenturen fordern unbefristeten Ausschluss Russlands – Medien

Die führenden Nationalen Anti-Doping-Agenturen (NADOs) haben den unbefristeten Ausschluss Russlands von allen internationalen Sportwettbewerben wegen des mutmaßlichen Staatsdoping-Skandals gefordert. Das beschlossen 19 NADOs, darunter aus Deutschland, den USA und Frankreich, nach einem zweitägigen Treffen in Dublin, meldet die Agentur dpa.

Ferner sollen auch keine internationalen Sportveranstaltungen in Russland stattfinden. „Die Sanktionen müssen solange in Kraft bleiben, bis der russische Sport nachvollziehbare und glaubhafte Anti-Doping-Maßnahmen auf der Grundlage des WADA-Codes etabliert hat“, sagte Andrea Gotzmann als Vorstandsvorsitzende der deutschen NADA. Dazu gehöre auch ein nachhaltiger Bewusstseinswandel und eine überzeugende Grundhaltung für dopingfreien Sport, betonte sie.

Der kanadische Anwalt Richard McLaren hatte am 9. Dezember den zweiten Teil seiner Ermittlungen im Auftrag der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) vorgestellt. Demnach gehörten mehr als 1.000 russische Sportler zwischen 2011 und 2015 zu einem staatlich angelegten Dopingssystem.

Die Manipulationen betreffen demnach auch die Olympischen Spiele 2012 und 2014. Russland weist jegliche Anschuldigungen eines staatlich geförderten Doping-Systems im Land entschieden zurück.

Vormittags:

de.sputniknews.com: WikiLeaks weiß es besser: Russland kann Trump nicht belasten
Die Enthüllungsplattform WikiLeaks hat Medienberichte zurückgewiesen, wonach „russische Agenten“ angeblich kompromittierendes Material gegen den designierten US-Präsidenten Donald Trump besitzen sollen.

Zuvor hatte der TV-Sender CNN unter Verweis auf namentlich nicht genannte Beamte mitgeteilt, dass Russland laut den US-Geheimdiensten über kompromittierende Informationen zur privaten und finanziellen Situation Trumps verfügen soll. Dabei hätten die Geheimdienste allerdings keinerlei Beweise vorgelegt. CNN zufolge sollen diese Vorwürfe auch Teil des Geheimdienstreports sein.

Danach veröffentlichte das Nachrichtenportal BuzzFeed ein Dokument, welches angeblich dem Bericht der Geheimdienste zugrunde gelegt worden sei.

„Das von BuzzFeed publik gemachte 35-seitige Dokument in Bezug auf Trump ist kein US-Geheimdienstbericht. Weder Stil noch Fakten noch Daten entsprechen der Wirklichkeit“, heißt es in einer WikiLeaks-Mitteilung auf Twitter.

Laut CNN sind die Informationen, wonach Russland über belastendes Material gegen Trump verfügen soll, in einer zweiseitigen Zusammenfassung zum US-Geheimdienstbericht enthalten. Wie der TV-Sender weiter berichtet, bezieht sich ein Teil dieser Behauptungen auf die Aufnahmen eines Ex-Mitarbeiters des britischen Geheimdienstes.

Die US-Bundespolizei FBI prüfe zurzeit die Glaubwürdigkeit dieser Vermutungen, deren größter Teil sich auf gewisse „russische Quellen“ stütze. Viele Details in Bezug auf Trump seien noch immer nicht bestätigt.

Zuvor hatten CIA, FBI und NSA in ihrem veröffentlichten Bericht Russland ein weiteres Mal der „Einmischung in die amerikanischen Wahlen“ beschuldigt, aber unter Verweis auf den geheimen Charakter der Geheimdiensttätigkeit erneut keinerlei Beweise dafür erbracht. Der jüngste Bericht ist die publik gemachte Version des umfangreichen Berichts, den Vertreter der US-Nachrichtendienste auf Forderung des Präsidenten Barack Obama vorgelegt haben. Schon im Oktober hatten führende amerikanische Geheimdienstler erklärt, „russische Hacker“ würden hinter den Cyberangriffen auf Wahlsysteme des Landes stehen. Die CIA hatte Russland beschuldigt, die Server der US-Demokraten gehackt zu haben, um Donald Trump zu helfen, die Präsidentschaftswahl am 8. November zu gewinnen.

Washington hat indes keinerlei Beweise für Russlands Beteiligung an diesen Hacker-Attacken vorgelegt. Die russischen Behörden haben derartige Beschuldigungen entschieden zurückgewiesen.

Am 20. Januar wird Trump offiziell sein Amt als 45. Präsident der USA antreten.

Dnr-news.com: Sjuganow trat für die Anerkennung der LVR und DVR ein
Der Vorsitzende der KPRF Gennadij Sjuganow erklärte, dass er es für notwendig hält, die Lugansker und Donezker Volksrepublik anzuerkennen.

„Wir haben den Kindern des herrlichen Donbass geholfen. Wir haben allein dorthin 58 Konvois geschickt, 10.000t Geschenke. Lassen Sie uns jetzt einen Beschluss fassen zur Unterstützung des Donbass und diese Republiken anerkennen. Schluss damit, sie zu veralbern“, sagte der Parlamentarier im Laufe der Plenartagung der Staatsduma.

Im Dezember des letzten Jahres hatte der Abgeordnete der Staatsduma von der KPRF, Tasbek Taisajew, ebenfalls die Staatsduma aufgerufen, dem Präsidenten der RF vorzuschlagen, die Ergebnisse der allgemeinen Volksreferenden in der Donezker und Lugansker Volksrepublik anzuerkennen.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-01/thumbs/1484123860_1484313784.jpg

De.sputniknews.com: Moskau machen die möglichen Aktivitäten des scheidenden US-Präsidenten Barack Obama in dessen restlichen neun Tagen im Amt Sorgen, wie die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Mittwoch äußerte. „Jeden Tag lese ich Nachrichten aus Washington: Neue Sanktionen gegen Russland, die Lieferung von tragbaren Fla-Raketen-Komplexen an syrische Banditen, völlig sinnlose und schädigende Handlungen in allen außenpolitischen Richtungen. Gott schuf die Erde in sieben Tagen, Obamas Administration hat zwei mehr, um diese zu vernichten“, schrieb Sacharowa via Facebook....

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **einmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Aus Richtung Rassadki wurde das Gebiet von **Nishneje Losowoje** mit Panzertechnik beschossen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und die Folgen

„Gestern wurde die Stadt etwa von 16:00 bis 16:30 aus Richtung des Gewerbegebiets von Awdejewka beschossen. Es wurde das Gebäude des Eisenbahndepots RPTsch-12 beschädigt“, teilte der Bürgermeister von **Jasinowataja** Oleg Morgun mit“. „Außerdem hat Krasnyj Partisan am Rand der Stadt keinen Strom.

Morgun erläuterte, dass die Stromleitungen, die die Ortschaft versorgen, am 9. Januar beschädigt wurden, aber die Stromversorgung nach Krasnyj Partisan funktionierte noch.

„Gestern haben wir die Entscheidung getroffen, den Strom für die Ortschaft abzuschalten, um Unfälle zu vermeiden“, fügte der Bürgermeister hinzu.

„Von 18:00 bis Mitternacht haben ukrainische Soldaten das Territorium des Volvo-Zentrums im Norden der Hauptstadt, die Dörfer **Spartak, Shabitschewo, die Ortschaft Krutaja Balka im Jasinowataja-Bezirk, das Gewerbegebiet in der Nähe von Jasinowataja, die Ortschaften Sajzewo, Oserjanowka bei Gorlowka und das Dorf Leninskoje im Nowoasowskij-Bezirk** beschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit. „Auf die o.g. Ortschaften wurden 188 Panzergeschosse, Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm, Mörsergeschosse der Kaliber 82 und 120mm abgeschossen“.

„Am Abend des 10. Januar wurden in Sajzewo aufgrund von Beschüssen der ukrainischen Streitkräfte Beschädigungen auf der Karbyschew-Str. 4 – es wurde ein Dach beschädigt und

eine Garage im Hof des Hauses – festgestellt. Ebenfalls auf der Rybalko-Straße 46 und 6“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

Er fügte hinzu, dass keine Informationen über Verletzte eingegangen sind. „Die friedlichen Einwohner gehen, wenn die Beschüsse anfangen, immer in die Keller und Schutzräume. In diesem Gebiet weiß man wie nirgends sonst, wie man sich in solchen Situation verhalten muss“, fügte Prichodko hinzu.

de.sputniknews.com: Doch dann kam Russland: Wie die USA den IS gegen Assad ausnutzen wollten – Kerry

Die USA unter Noch-Präsident Barack Obama haben einst in der Ausbreitung der islamistischen IS-Terrormiliz einen Nutzen für sich gesehen, wie die Zeitung „The Washington Times“ unter Berufung auf Noch-Außenminister John Kerry schreibt. Obamas Regierung hat demnach früher, noch vor Russlands Militärhilfe für Syrien, gehofft, eine Expansion der Terrormiliz Islamischer Staat (IS, auch Daesh) in der Region könne Präsident Baschar Al-Assad zu Verhandlungen mit Washington zwingen.

Zuvor waren Medienberichten zufolge Audioaufzeichnungen dieser Kommentare des US-Außenministers bekannt geworden. Kerry soll diese Erklärungen im September am Rande der UN-Vollversammlung bei einem Gespräch mit syrischen Aktivisten hinter verschlossenen Türen abgegeben haben.

Zuvor hatte WikiLeaks einen Hinweis auf Audioaufzeichnung von Kerry, datiert auf Oktober des vergangenen Jahres, veröffentlicht.

„Der Grund, weshalb Russland (nach Syrien – Anm. d. Red.) gekommen ist, ist der, dass die Terrormiliz Islamischer Staat stärker geworden war“, so Kerry. „Die drohte, nach Damaskus zu gehen usw. Wir haben das verfolgt. Wir sahen, dass sie erstarkte, und dachten, dass sich Assad in Gefahr befindet“, ergänzte er.

Die russische Luftwaffe fliegt seit September 2015 auf Bitte der Regierung in Damaskus Angriffe gegen Stellungen des IS, der al-Nusra-Front und anderer Terrorgruppen in Syrien, die in den vergangenen Jahren weite Teile des vorderasiatischen Landes erobert hatten. Die USA und ihre Verbündeten bombardieren seit 2014 Syrien – ohne Zustimmung der Regierung in Damaskus und deshalb völkerrechtswidrig. Nach US-Darstellung richteten sich die Angriffe gegen den IS.

Am 29. Dezember hatten die syrische Regierung und die Opposition ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen, das am 30. Dezember 00.00 Uhr in ganz Syrien in Kraft trat. Das Abkommen war unter Vermittlung Russlands, der Türkei und des Iran ausgehandelt worden. Russland und die Türkei treten als Garanten der Waffenruhe auf.

Dan-news.info: „Der Rentenfonds der DAV hat im Jahr 2016 32,6 Milliarden Rubel ausgezahlt. Die Durchschnittsrente beträgt 3997,84 Rubel“, teilte der Pressedienst des Arbeits- und Sozialministerium mit.

Es wurde hinzugefügt, dass bei den territorialen Organen des Rentenfonds 679.700 Rentner auf den Listen stehen. Die Renten werden in den Filialen der Zentralen Republikanischen Bank und des staatlichen Konzerns „Potschta Donbassa“ ausgezahlt.

De.sputniknews.com: Der designierte US-Präsident Donald Trump hat jüngste Medienberichte, wonach die russischen Geheimdienste angeblich kompromittierendes Material gegen ihn gesammelt hätten, via Twitter klar zurückgewiesen.

Nach Angaben des Portals BuzzFeed sollen die US-Geheimdienste den künftigen Chef des Weißen Hauses darüber bei einem speziellen Briefing in New York am vergangenen Freitag informiert haben.

„Fake News – das ist eine totale politische Hexenjagd“, schrieb Trump via Twitter. „BuzzFeed

veröffentlicht ungeprüfte Behauptungen über Trump und Russland“, fügte der designierte US-Staatschef später hinzu.

Trump veröffentlichte zudem einen Bericht seines Anwalts Michael D. Cohen, in dem dieser die am Dienstag erschienenen Behauptungen des TV-Senders CNN, des Portals BuzzFeed und einiger anderen Medien dementiert. So war Cohen nach eigenen Angaben noch „nie in Prag“, und konnte deshalb an keinem geheimen Treffen mit russischen Kreml-Unterhändlern teilnehmen. Cohen war nach eigenen Worten zu diesem Zeitpunkt in Los Angeles, wo er zusammen mit seiner Frau und dem Sohn seinen 50. Geburtstag feierte.

„Irgendwann muss die Verbreitung von Falschmeldungen doch einmal gestoppt werden. Es geht um den designierten US-Präsidenten“, so Trumps Anwalt. „Wenn wir ein Bild der Stärke und der Intelligenz für ihn in der ganzen Welt schaffen wollen, dann müssen wir auch anfangen, intelligent zu handeln.“

Zuvor hatte der TV-Sender CNN berichtet, dass die US-Geheimdienste letzte Woche den scheidenden und den designierten US-Präsidenten, Barack Obama und Donald Trump, mit geheimen Dokumenten vertraut gemacht hätten, denen zufolge die russischen Geheimdienste über kompromittierende Informationen über ihn verfügten. Den mit dem Inhalt des Briefings vertrauten Quellen des Senders zufolge soll das belastende Material angeblich sowohl die persönlichen Informationen über Trump, als auch einige Finanzdokumente beinhalten. Dies gehe, so CNN, aus einem zweiseitigen Anhang zu dem Bericht der US-Geheimdienste über eine vermeintliche „Einmischung Russlands“ in die US-Wahlen hervor.

Die Schlüsse der US-Nachrichtendienste beruhen zum Teil auf den aus ihrer Sicht glaubwürdigen Angaben des britischen Ex-Geheimdienstlers. Derzeit prüfe das FBI die Echtheit der bereitgestellten Daten, so CNN weiter.

de.sputniknews.com: „Pulp fiction“: Kreml kommentiert angebliche „Anti-Trump-Infos“
Moskau betrachtet die Meldungen, Russland verfüge über belastendes Material gegen den designierten US-Präsident Donald Trump, als einen Versuch, den bilateralen Beziehungen der beiden Länder zu schaden, wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Mittwoch mitteilt.

„Das ist ein offensichtlicher Versuch, unseren bilateralen Beziehungen zu schaden. Der veröffentlichte Teil des vorherigen Berichts ist von der gleichen Qualität wie diese Ente. Auf Englisch heißt das ‘Pulp fiction‘“, so Peskow. „Anscheinend muss man mit dem gleichen Humor darauf reagieren“, so der Sprecher weiter....

„Aber dies alles hat auch eine traurige Seite: Einige heizen tatsächlich eine derartige Hysterie an, legen sich ins Zeug, um diesen Zustand einer Hexenjagd aufrechtzuerhalten“, so Peskow. „Der designierte Präsident Trump hat diesen Fake übrigens auch als Fortsetzung einer Hexenjagd definiert.“

Peskow widersprach zudem Berichten, wonach Russlands Führung ein belastendes Material über die ehemalige US-Außenministerin und Präsidentschaftskandidatin der Demokraten, Hillary Clinton, besitze. „Das ist eine absolute Ente, eine Fälschung und totaler Unsinn. Der Kreml beschäftigt sich nicht mit der Sammlung von kompromittierenden Materialien“, schloss Peskow.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Kreml: Drohende US-Sanktionen gefährden Weltwirtschaft

Die neuen „umfassenden“ Sanktionen gegen Russland, die im US-Kongress diskutiert werden, bergen nach der Einschätzung des Kremls eine Gefahr für die Weltwirtschaft. Der russische Energiesektor, der das eigentliche Ziel der neuen Strafmaßnahmen ist, werde den eigenen Schaden wettmachen können.

Die Sanktionen, die eine Gruppe amerikanischer Senatoren um den Russland-Kritiker John McCain am Dienstag vorgeschlagen hat, sollen jene treffen, die in die Rohstoffgewinnung, den Bau von Rohrleitungen und zivile Nuklearprojekte in Russland oder in russische Schuldpapiere investieren.

Die neuen Restriktionen – sollten sie beschlossen werden – würden „nicht nur das bilaterale Verhältnis noch mehr belasten, sondern auch der globalen Wirtschaft, dem globalen Energiemarkt schaden“, sagte Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, am Mittwoch.

Er räumte ein, dass es auch „gewisse negative Auswirkungen“ auf Russland geben werde. Doch die russische Wirtschaft und der Energiesektor hätten in den vergangenen beiden Jahren bewiesen, dass „sie fest auf den Beinen stehen und über ausreichende Flexibilität und Sicherheitsreserven verfügen“.

Es gebe keinen Zweifel, dass die russische Wirtschaft selber den Weg finden werde, um eigene Schäden wettzumachen, so der Kreml-Sprecher. „Es ist allerdings zu hoffen, dass der gesunde Menschenverstand die Oberhand gewinnen und die Sanktionsrhetorik beendet wird.“

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat angeordnet, im Dorf Koshewnja in der Nähe der Grenze zur RF mit dem Bau von Wohnhäusern zu beginnen als Ersatz für die, die durch den Krieg zerstört wurden. Dies erklärte er bei einem Treffen mit Vertretern der Donbasser Nationalakademie für Bauwesen und Architektur in Makejewka. „Wir werden die Häuser bauen. Koshewnja ist für uns bedeutsam. Dieses Dorf wurde in Folge der Kämpfe praktisch vernichtet. Leider ist das alles vor unseren Augen geschehen. Ich bestätige ein weiteres Mal, dass wir das Dorf wiederaufbauen werden. Dies wird das erste Dorf sein, aber nach und nach werden wir alle Ortschaften wiederaufbauen, die durch die ukrainischen Beschüsse zerstört wurden“, sagte Sachartschenko.

Die Spezialisten der Donbasser Nationalakademie stellten dem Republikoberhaupt einen detaillierten Plan und eine Struktur für den Wiederaufbauprozess vor. Nach den Worten des Rektors der Hochschule Jewgenij Gorochow werden die Kosten für den Bau eines Hauses etwa 3,8 Mio. Rubel betragen. Insgesamt ist geplant, in dem Ort etwa 20 Wohnhäuser zu bauen. Im Plan sind auch die Infrastruktur und der Straßenbau vorgesehen. Insgesamt sind etwa 120 Mio. Rubel angesetzt.

An dem Bau der Häuser werden studentische Baubrigaden beteiligt sein.

Das Oberhaupt der DVR empfahl den Vertretern der Akademie auch, beim Bau jedes Hauses die Wünsche der Familie zu berücksichtigen, die dort wohnen wird.

Koshewnja befindet sich im Bezirk Schachtjorsk im Nordosten der DVR in der Nähe der russischen Grenzen, die Fläche des Dorfes beträgt 51 Hektar. Der Ort erlitt in der Folge von Kämpfen im Sommer 2014 ernsthafte Zerstörungen. Bereits im Juli 2015 hatte die Donbasser Nationalakademie über die Ausarbeiten von Plänen für den Wiederaufbau informiert.

De.sputniknews.com: Der Nato-Oberbefehlshaber in Europa, US-Armeegeneral Curtis Scaparrotti, hat der Pentagon-Leitung von nächsten Schritten zur Eindämmung der angeblichen Aggression Russlands in Europa berichtet, wie US-Verteidigungsminister Ashton Carter am Mittwoch mitteilte. Dazu gehörte auch die Verlegung einer US-Panzerbrigade nach Polen.

„Wir haben ein Treffen mit den Leitungskadern durchgeführt, um die Schritte zur Gewährleistung der Sicherheit in den kommenden Wochen und Monaten zu besprechen.“

Außerdem ging es um den Kampf gegen zunehmende Gefahren, mit denen wir konfrontiert sind“, so Carter. Die Nato-Partner hätten in diesen Fragen Einigkeit gezeigt.

Am Dienstag hatte das polnische Verteidigungsministerium mitgeteilt, erste US-Panzer für das bevorstehende Manöver „Atlantic Resolve“ („Atlantische Entschlossenheit“) seien bereits in Polen eingetroffen. Eine Panzerbrigade sollte nach dem Rotationsprinzip bis Herbst in Polen bleiben. Insgesamt gehe es dabei um 3.500 Soldaten, 87 Panzer und 144 Panzerwagen.

Laut dem litauischen Verteidigungsministerium waren Anfang Januar mehrere Dutzend Angehörige US-amerikanischer Spezialeinheiten nach Litauen verlegt worden.

Im Sommer hatte die Nato bei ihrem Gipfel in Warschau beschlossen, vier Kampfataillone mit jeweils rund 1.000 Soldaten nach Polen und in die baltischen Staaten zu verlegen. Die USA kündigten zudem an, 2017 dauerhaft eine Panzerbrigade mit 4.200 Mann in Osteuropa zu stationieren. Panzer dieser Brigade sollen durch Deutschland nach Polen gebracht werden.

Russland hat ein derartiges Vorgehen der Nato und der USA stets scharf als Aggression kritisiert.

de.sputniknews.com. „Einer macht Urin-Kontrollen, der Andere Politik“ – Mutko bezichtigt NADOs des Lügens

Sämtliche Behauptungen über ein angeblich staatliches Doping-System in Russland sind eine Lüge, wie der stellvertretende Vorsitzende der russischen Regierung und ehemalige Sportminister Vitali Mutko mitteilte. Die Nationalen Anti-Doping-Agenturen (NADOs) sollten besser ihre Arbeit machen, anstatt sich in Politik einzumischen.

Der russische Sport sei „einer der saubersten der Welt“, so Mutko. Als Beweis dafür dienen die Kontrollergebnisse des Jahres 2016 der britischen Anti-Doping-Agentur (Ukad) bei russischen Sportlern.

„Was haben wir nach Jahresergebnissen? 26 Regelverstöße, 21 von ihnen mit Meldonium und nur fünf echte Verstöße“, sagte Mutko.

Die Vorwürfe eines „Staatsprogramms“ seien eine Lüge.

Andere Kompetenzen, andere Aufgaben

Gleichzeitig kritisierte Mutko die Arbeit der NADOs.

„Anti-Doping-Agenturen sind nun mal Anti-Doping-Agenturen, sie sollen die Situation in ihren Ländern kontrollieren und Urin sammeln, ohne sich in Politik einzumischen“, so Mutko.

„Wir verhalten uns sehr fair. Aber es ist leider unmöglich, mit der ganzen Welt zusammenzuarbeiten. Jeder sollte seine Arbeit machen: Der Eine sollte Proben sammeln und therapeutische Empfehlungen abgeben, der Andere soll sich mit Politik beschäftigen.“ Die politischen Fragen gehörten zu den Kompetenzen des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und der internationalen Sportorganisationen.

„Heute beginnen Menschen, die Urin eigentlich untersuchen sollen, Druck auf jene Menschen auszuüben, die politische Entscheidungen treffen“, wundert sich der ehemalige Sportminister.

Die Berichte von Richard McLaren gäben keinerlei Anlass für solche Erklärungen, sie beinhalteten nichts Neues. Es gebe nur eine „goldene“ Linie über ein staatliches Programm, aber keine Fakten, die das beweisen könnten.....

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Im Zusammenhang mit den nicht endenden Provokationen, die von den Abteilungen der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte am Swetlosdarsker Bogen durchgeführt werden, kann der Zustand der Panzertechnik der Brigade als nicht zufriedenstellend bewertet werden“,

sagte Marotschko.

„Es wurden Unterbrechungen bei der Lieferung von Treibstoff festgestellt, obwohl es derzeit in den Abteilungen einen kritisch niedrigen Vorrat an Treibstoff gibt. Treibstoff wird verkauft, um warme Kleidung, Essen und Alkohol zu kaufen“, erläuterte Marotschko.

„Außerdem gewährt das Brigadekommando dem Personal keinen Urlaub und keine Entlassung, und um seinen gesetzlichen Urlaub zu erhalten, muss ein Soldat dem Bataillonskommandeur 2000 Griwna zahlen und für eine Entlassung 500 Griwna“, fügte der Vertreter der Verteidigungsbehörde hinzu.

Er unterstrich, dass „diese Fakten ein weiteres Mal den nicht zufriedenstellenden moralisch-psychischen Zustand des Personals bestätigen“.

„Dennoch fordert der Kommandeur der 54. Brigade Gorbatsjuk weiterhin vom Personal die Erfüllung der verbrecherischen Befehle zur Verletzung der Minsker Vereinbarungen“, sagte Marotschko.

„Durch die Detonation eines Mörsergeschosses im Lauf eines „hochtechnologischen“ ukrainischen Mörsers „Molot“ auf den Positionen im Gebiet von Popasnaja während verbrecherischer Beschüsse des Territoriums unserer Republik starben zwei Soldaten des 1. Bataillons der 24. Brigade, ein weiterer wurde schwer verletzt und ist im Krankenhaus“, teilte Marotschko mit.

„Die verbrecherische Regierung der Ukraine betrügt weiter die eigenen Bürger, indem sie die Verluste der ukrainischen Streitkräfte im Verlauf der Provokationen in der Zone der sogenannten „ATO“ verheimlicht. So haben gestern zwei ukrainische Familien ihren Ernährer verloren und nach den Dokumenten werden diese als vermisst geführt werden, im besten Fall werden die verlogenen ukrainischen Medien zur Beruhigung der Verwandten mit einer Suche beginnen, natürlich nur im Internet“, sagte der Major.

„Während sie sich hinter einem imaginären Waffenstillstand verstecken, verletzen die ukrainischen Strafsoldaten weiter die Minsker Vereinbarungen bezüglich der Stationierung von verbotenen Waffen und Militärtechnik in der Nähe der Kontaktlinie“, sagte Marotschko.

„So wurden im Gebiet von Popasnaja zwei 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“ entdeckt. In der Ortschaft Orechowo ist die Feuerstellung eines 122mm-Artilleriegeschützes „Gwosdika“ bemerkt worden. In Troizkoje wurden ausgerüstete Positionen entdeckt, auf denen zwei 122mm-Artilleriehaubitzen D-30 stationiert sind. In Mironowka wurde die Stationierung von vier getarnten Mehrfachraketenwerfern „Grad“ bemerkt“, berichtete der Major.

„Die Volksmiliz der LVR hält das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen ein. Unsere Handlungen sind trotz allem auf die Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg ausgerichtet, aber im Fall einer Verschärfung der Lage behalten wir uns das Recht vor, mit entschiedenen Handlungen das von den Kiewer Banditen besetzte Territorium zu befreien“, unterstrich der Major.

„In den Abteilungen und Truppenteilen der Volksmiliz der LVR werden heute komplexe Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt, deren Hauptziel die Erhöhung der Geschlossenheit der Handlungen der Leitungsorgane sowie des Personals der Volksmiliz der LVR bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben in der angegebenen Zeit ist“, sagte Marotschko.

de.sputniknews.com: Wahlkampfstrategie in Deutschland: Angst vor „russischer Cybergefahr“ schüren

Im Vorfeld der für September angesetzten Bundestagswahl warnen deutsche Geheimdienste fast täglich vor der angeblich von russischen Hackern ausgehenden Gefahr, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Mittwoch.

Im Auftrag der Bundesregierung haben das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und der Bundesnachrichtendienst (BND) einen entsprechenden vertraulichen Bericht vorbereitet. „In der Politik grassiert die Angst vor russischen Hackern“, schrieb unlängst das „Spiegel“-Magazin: „Sie sollen die US-Wahl manipuliert haben und jetzt auf die Bundestagswahl zielen.“

BfV-Chef Hans-Georg Maaßen erklärte inzwischen in einem Interview für dpa, seine Behörde

könnte nicht nur gegnerische Cyberangriffe abwehren, sondern auch mit Gegenangriffen darauf reagieren. „Wir müssen auch in der Lage sein, den Gegner anzugreifen, damit er aufhört, uns weiter zu attackieren“, betonte er. Damit unterstützte der Geheimdienstler den Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der vor einigen Tagen verlangt hatte, Möglichkeiten für intensive Gegenmaßnahmen gegen Cyberattacken zu schaffen.

Es ist kein Geheimnis, dass deutsche Politiker und Medien Russland die Absicht vorwerfen, die Ergebnisse der anstehenden Bundestagswahl zu beeinflussen. Zudem sollen russische Hacker schon 2015 und 2016 versucht haben, das Intranet des deutschen Parlaments sowie die Websites mehrerer Parteien, darunter der CDU, zu knacken. Diese Angriffe seien jedoch abgewehrt worden.

Erst vor wenigen Tagen behauptete Maaßen, die russische Hackergruppierung APT28 (Advanced Persistent Threat) hätte das Computernetz der OSZE angegriffen.

Mit der Hervorhebung der „russischen Cybergefahr“ verfolgt die deutsche Politik offenbar gleich mehrere Ziele: Einerseits soll die Gesellschaft von den Misserfolgen der Geheimdienste, vor allem vom Anschlag auf einem Weihnachtsmarkt in Berlin am 19.

Dezember, abgelenkt werden. Denn die Geheimdienstler hatten zuvor die Warnungen vor Anis Amri schlicht ignoriert. Zudem brauchen die konservativen Kräfte in Berlin Argumente für ihre bevorstehende Wahlkampagne, und die „russische Gefahr“ passt ihnen durchaus ins Konzept.

Ukrinform: In den letzten 24 Stunden wurden durch Kämpfe im Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) ein ukrainischer Soldat getötet und drei weitere verletzt, gab heute auf dem Briefing in Kiew der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für ATO, Oberst Oleksandr Motusjanyk, bekannt, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Während des letzten Tages wurde bei Kampfhandlungen ein ukrainischer Soldat getötet, drei weitere Soldaten wurden verletzt. Wir sprechen den Familienangehörigen des gefallenen Soldaten unser Beileid aus“, sagte Motusjanyk.

Lug-info.com: Die LVR und die Republik Abchasien planen für das Jahr 2017 ein gemeinsames Programm im sozialen und humanitären Bereich. Dies teilte der Vorsitzende der republikanischen Organisation der Gewerkschaften der Beschäftigten des Bildungsbereich Oleg Kowal mit.

„Im letzten Jahr haben wir einen Anfang gemacht, einer unserer Meinung nach großen und fruchtbaren Zusammenarbeit mit der Republik Abchasien. Es ist sehr wichtig zu sagen, dass wir heute in den abchasischen Kollegen, und sie in uns, verwandte Seelen sehen. Wir verstehen einander und die Probleme, die wir heute haben, sind die Probleme, mit denen unsere abchasischen Kollegen vor einigen Jahren kämpften“, sagte er.

„Dies ist der Beginn einer großen Zusammenarbeit, vor uns liegen große Pläne. Wir planen ein großes Programm der Zusammenarbeit, sowohl im sozialen Bereich als auch im humanitären. Unter anderem wird heute mit Unterstützung des Bildungsministeriums der LVR eine Reihe von Maßnahmen vorbereitet, die wir gemeinsam mit den abchasischen Kollegen durchführen wollen. Schon im nächsten Monat beginnen wir eine enge Konsultation und hoffen, dass gegen Sommer eine aktive Verwirklichung der Projekte beginnen wird“, berichtete der Gewerkschaftsvorsitzende.

„Um es kurz zu sagen: dies sind ein möglicher Austausch von Studenten und Maßnahmen in Bezug auf den Austausch von Unterrichtsprogramme,, Reisen unserer Kinder und unserer Studenten in Ferienlager. Außerdem haben wir ein interessantes Projekt im Sportbereich. Im Allgemeinen ist es eine großer Kreis von Veranstaltungen, die wir angehen“, erläuterte Kowal.

de.sputniknews.com: Trumps Chefdiplomat wirbt im Senat für mehr Russland-Dialog
Der vom künftigen US-Präsidenten Donald Trump auserkorene Außenminister Rex Tillerson setzt sich für einen „offenen und ehrlichen“ Dialog mit Russland ein, wie laut der Zeitung The Washington Post aus dessen Rede für Mittwoch vor dem Auswärtigen Ausschuss des US-Senats hervorgeht.

Bislang sei die russische Perspektive viel zu wenig beachtet worden, so der US-Außenamtschef in seiner bevorstehenden ersten öffentlichen Rede: „Wir haben nicht einmal bemerkt, dass Russland nicht so denkt wie wir.“

Nur mit Worten allein könne man, so Tillerson, diese „unebene und manchmal widersprüchliche Geschichte zwischen unseren Nationen“ nicht wegwischen. Dennoch: „Wir brauchen einen offenen und ehrlichen Dialog mit Russland, unabhängig von deren Ambitionen.“

Die USA müssten mit Russland „in den Bereichen, wo man gemeinsame Interessen hat“, zusammenarbeiten. Dies betreffe vor allem den Kampf gegen den Terror, schreibt die WP. Gleichzeitig sollten USA in widersprüchlichen Fällen, die die eigenen Interessen und die ihrer Partner betreffen, auf hartem Kurs bleiben. Russland müsse sich im Klaren darüber sein, „dass wir für unsere Verpflichtungen und die gegenüber unseren Verbündeten haften und dass Russland für seine Taten Verantwortung tragen muss“.

Rex Tillerson hatte von Anfang 1998 bis Ende 1999 in Russland gearbeitet, wo ExxonMobil das Projekt Sakhalin-1 betrieb bzw. betreibt. Quellen, die mit ihm persönlich bekannt sind, bezeichnen ihn als „eine der klügsten und härtesten Personen in der globalen Ölbranche“. „Er sieht wie ein typischer Texaner aus, züchtet Pferde und ist ein guter Reiter“, so ein Insider. „Dabei ist er sehr gut gebildet und hat absolut realistische Weltansichten.“

Der vom künftigen US-Präsidenten Donald Trump auserkorene Außenminister Rex Tillerson setzt sich für einen „offenen und ehrlichen“ Dialog mit Russland ein, wie laut der Zeitung The Washington Post aus dessen Rede für Mittwoch vor dem Auswärtigen Ausschuss des US-Senats hervorgeht.

Ukrinform: Soldaten der Nationalgarde der Ukraine verhafteten am Kontrollpunkt nach Mariupol einen Arzt, der mit den illegalen bewaffneten Formationen (gemeint ist die DVR - Anm. d Ü.) zusammenarbeitet.

Dies gab am Mittwoch der Sprecher des ukrainischen Verteidigungsministeriums Oleksandr Motusjanyk bekannt.

„Zu dem durch die Nationalgarde am Kontrollpunkt Mariupol festgenommenen Kollaborateur wurde festgestellt, dass er in Donezk lebt, ein Arzt ist und ein aktiver Unterstützer der illegalen bewaffneten Formationen. Der Gefangene wurde den Ermittlern übergeben“, sagte Motusjanyk.



https://static.ukrinform.com/photos/2016_10/thumb_files/630_360_1476396758-9298.jpg

Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR:

Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR hat sich in den letzten 24 Stunden **heftig verschärft**. Von uns wurde **911 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** registriert, und es hat sich die Zahl der Beschüsse im Vergleich zum vorhergehenden Tag um das zweifache gesteigert. Dabei verwendet der Gegner weiter Artillerie, es wurden 24 Artilleriegranaten, elf Panzergeschosse, 269 Mörsergranaten der Kaliber 120 und 82mm sowie 527 Geschosse mit verschiedenen Arten von Granatwerfern abgefeuert. Außerdem wurden bei den Beschüssen und Verletzungen des „Regimes der Ruhe“ Panzertechnik und Schusswaffen verwendet. Von Seiten der ukrainischen Terroristen unter Führung der Kommandeure der 53., 72., 92. mechanisierten Brigaden der ukrainischen Streitkräfte Grusewitsch, Sokolow, Nikoljuk und des Kommandeurs der 36. Marineinfanteriebrigade Deljatizkij wurden folgende Ortschaften der Republik beschossen: **Sajzewo, Dolomitnoje, Michajlowka, Oserjanowka, Nishnetorezkoje, Jasinowataja, Shabitschewo, Wasiljewka, Krutaja Balka, Spartak, Alexandrowka, Leninskoje, Sachanka, das Gebiet des Flughafens und die Siedlung Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk.**

Durch ukrainisches Artilleriefeuer wurden eine Werkhalle für technische Dienstleistungen der Jasinowatajer Eisenbahn beschädigt und ein Wirtschaftsgebäude in Krutaja Balka vollständig zerstört. Beim Beschuss unserer Positionen wurde ein Soldat der Streitkräfte der DVR verletzt.

Unsere Aufklärung stellt weiter eine Verstärkung der Gruppierungen der ukrainischen Streitkräfte entlang der Kontaktlinie fest.

So in den Gebieten der Ortschaften:

- Primorsokoje, 7 km von der Kontaktlinie, es wurde die Stationierung von drei 122mm-Artilleriegeschütze „Gwodika“ registriert;
- Starognatowka, 4 km von der Kontaktlinie, es wurde die Ankunft von einer 122mm-Haubitze D-30 und drei Lastwagen mit Munition festgestellt.

Außerdem haben wir Informationen über im Zeitraum vom 10. bis 19. Januar vom Kommando der 36. Marineinfanteriebrigade geplante Übungen für Artillerierichtschützen. Das ukrainische Militärkommando gibt die Versuche, großflächige Kämpfe zu entfachen und so zu einer Lösung des Konflikts im Donbass auf militärischem Weg überzugehen, nicht auf. Unter anderem hat das Kommando der ukrainischen Streitkräfte gestern einen Versuch unternommen, im Gebiet von Spartak unsere Positionen einzunehmen.

Die Abteilungen der Armee haben mit entschiedenen Handlungen den Angriff abgewehrt und den Gegner zum Stehen gebracht. Nach unseren Informationen betragen die Verluste unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte zwei Tote und fünf Verletzte.

de.sputniknews.com: „Sind wir hier etwa in Nazi-Deutschland?“ - Trump dementiert „russischen Druck“

Der designierte US-Präsident Donald Trump hat selbst noch einmal die Öffentlichkeit via Twitter darauf hingewiesen, dass Russland die Berichte über einen angeblichen Besitz kompromittierender Materialien über ihn bereits als eine komplette Falsifizierung und Unsinn widerlegte.

„Russland hat gerade erklärt, dass der nicht bestätigte Bericht, für den die politische Opposition bezahlte, eine totale Falsifizierung und Unsinn ist“, schrieb Trump in seinem Twitter-Account.

Trump betonte, dass Russland nie versucht habe, Druck auf ihn auszuüben. Er unterhalte, so der künftige Chef des Weißen Hauses weiter, zudem keine geschäftlichen Verbindungen zu Russland.

„Ich habe die Wahlen ganz leicht gewonnen“, sagt Trump weiter. „Nun versuchen unfaire Opponenten unseren Sieg mit Fake-News kleinzureden. Eine traurige Sache!“

Die „Leaks“, laut denen Russland kompromittierendes Material gegen ihn besitze, seien gegen ihn persönlich gerichtet, sagte Trump und zog gar Parallelen zu Nazi-Deutschland. „Geheimdienste hätten diese Fake-Leaks nie zulassen dürfen. Das ist ein weiterer Schlag gegen mich“, twitterte er. „Sind wir hier etwa in Nazi-Deutschland?“

Der designierte US-Präsident betonte weiter, dass derartige „Datenlecks“ nie in Mainstream-Medien hätten geraten dürfen.

„Geheimdienste sollten es eigentlich nie zugelassen haben, dass solche Fake-News überhaupt an die Öffentlichkeit ‚durchdringen‘“, schloss Trump.

Zuvor hatten einige Medien, darunter BuzzFeed und CNN, berichtet, dass den US-Geheimdiensten Material vorliege, mit dem der künftige US-Staatschef Donald Trump von russischer Seite erpressbar gemacht werden sollte. Die Informationen, deren Wahrheitsgehalt noch geprüft werde, hätten angeblich die russischen Geheimdienste gewonnen.

De.sputniknews.com: Russland ist sich laut Kremlsprecher Dmitri Peskow durchaus bewusst, dass der künftige US-Außenminister Rex Tillerson sich an die harte Linie der US-Politik halten wird. Zugleich hoffe Moskau aber, dass Tillerson Russlands Argumenten Gehör schenken werde.

Der Kreml schätze auch weiterhin die Professionalität des Exxon-Mobil-Chefs sehr hoch ein.

„Das heißt aber nicht, dass wir durch eine rosarote Brille sehen“, sagte Peskow.

Moskau sei sich dessen bewusst, dass Tillerson ziemlich hart bei der Umsetzung seines Kurses sein werde. Zugleich erwarte Moskau von ihm die Bereitschaft, sich Argumente seiner Gesprächspartner anzuhören.

Tillerson soll am heutigen Mittwoch eine Rede vor dem US-Senat über die russische Politik in der Welt halten. Nach Angaben von US-Medien soll er Moskau das Ignorieren von Washingtons Interessen vorhalten. Laut The Washington Post wird Tillerson in seiner Rede Russland als Gefahr bezeichnen, zugleich aber die Wichtigkeit eines offenen und aufrichtigen Dialogs mit Moskau betonen.

Peskow will nach eigenen Worten vor weiteren Kommentaren zuerst die eigentliche Rede von Tillerson abwarten.

Lug-info.com: Die LVR ruft die Verwandten und Freunde des in der Republik festgehaltenen Alexej Kutscher, bei dem sich die Ukraine weigert, ihn in die Austauschlisten aufzunehmen, auf, sich an das Kiewer Zentrum zum Austausch von Gefangenen zu wenden. Dies erklärte heute auf einer Pressekonferenz die Vertreterin der LVR in der Unterarbeitsgruppe zu humanitären Fragen der Kontaktgruppe, die Leiterin der Arbeitsgruppe der LVR zum Austausch von Gefangenen Olga Kobzewa.

Sie merkte an, dass gestern im Informationsraum der Ukraine Informationen über Menschen, die in der LVR festgehalten werden, erschienen sind.

„Die Listen, die von der ukrainischen Seite zur Verfügung gestellt werden, sind nicht korrekt und geben kein wirkliches Bild der festgehaltenen Personen wieder. In ihnen stehen Namen von Menschen, die wir bereit sind, der ukrainischen Seite im Rahmen eines Austauschs „alle gegen alle“ zu übergeben. Unter anderem sind dies Sergej Gladkich unter der Nummer 17 und Alexej Kutscher unter der Nummer 45. Während bei Gladkich die ukrainische Seite dessen Freilassung nicht verweigert, so erklärt sie zu Kutscher, dass sie an seiner Befreiung nicht interessiert sind und dass ihn niemand sucht“, berichtete Kobzewa.

„Deshalb wende ich mich noch einmal an die Verwandten und Freunde der Personen: Wenn es die Möglichkeit gibt, setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung. Wenn nicht – wenden Sie sich an das Zentrum zum Gefangenenaustausch in Kiew, über das es Informationen im Internet gibt“, unterstrich die Vertreterin der LVR.

de.sputniknews.com: Kanadas Chefdiplomatin unter russischen Sanktionen -Aufhebung braucht Gegenseitigkeit

Die am Dienstag zu Kanadas Außenministerin ernannte bisherige Handelsministerin Chrystia Freeland steht weiter auf Russlands Sanktionsliste, ihre Streichung ist nur eine Frage von Gegenseitigkeit, wie aus russischen Diplomatentreisen verlautete.

„Für sie gelten die Sanktionen seit 2014, das ist kein Geheimnis“, berichtet die russische Agentur RIA Novosti unter Berufung auf Aussagen ehemaliger Diplomaten. Sie war in die Sanktionsliste eingetragen worden, nachdem Kanada Einschränkungen gegen Russland, einschließlich dessen Amtspersonen, eingeführt hatte. „Sie aus der Liste dieser Gegensanktionen auszuschließen, ist eine Frage der Gegenseitigkeit und eines ebensolchen Handelns“, so eine Quelle.

Dass Freeland auf der russischen Liste für Personen stehe, denen die Einreise nach Russland verboten sei, werde russische Amtspersonen nicht daran hindern, auf internationaler Ebene mit ihr Kontakt zu halten.

„Wir sind bereit, mit Kanada in allen Richtungen zusammenzuwirken – zur Verbesserung der Beziehungen, zur Einstellung der Sanktionskriege. Aber nicht wir haben angefangen. Ottawa ist nun am Zuge“, hieß es weiter.

Wie der ehemalige UN-Vizegeneralsekretär und heutige Vorsitzende des Russischen Gesellschaftlichen Rats für internationale Zusammenarbeit und öffentliche Diplomatie, Sergej Odschornikidse, betonte, habe der Name eines Außenministers in der internationalen Praxis noch nie auf Sanktionslisten gestanden.

„Das ist meines Erachtens noch nie vorgekommen. Alles wird jedoch von den bilateralen Beziehungen abhängen“, erklärte Odschornikidse. „Sollten sich die Beziehungen zwischen Russland und Kanada verbessern, werden die Sanktionen gegen sie aufgehoben. Alle diese Listen sind keine ewige Sache.“

Im März 2014 hatte das russische Außenministerium 13 Amtspersonen, Parlamentsabgeordnete und andere Persönlichkeiten Kanadas mit Sanktionen belegt und ihnen die Einreise nach Russland verboten. Moskau reagierte damit auf Sanktionen gegen einzelne seine Bürger, die Kanada nach der Eingliederung der Krim in den Bestand Russlands beschlossen hatte.

Chrystia Freeland ist eine kanadische Journalistin und Politikerin ukrainischer Herkunft. Als freie Journalistin arbeitete sie zunächst für „Financial Times“, „The Washington Post“ und „The Economist“ in der Ukraine. Später leitete sie das Moskauer Büro der „Financial Times“. Im Jahr 2013 wandte sie sich der Politik zu und wurde ins kanadische Unterhaus des Parlaments gewählt. Im Kabinett von Justin Trudeau wurde sie im November 2015 Ministerin für internationalen Handel. Sie ist Autorin mehrerer Bücher über Russland und die internationale Politik.

De.sputniknews.com: CNN und BuzzFeed gingen 4chan auf den Leim: Heikles Trump-Material ist echtes Fake.

„Der geheime Bericht“ über die „Verbindung“ des designierten US-Präsidenten Donald Trump zu Russland und den angeblichen russischen Druck auf ihn hat sich schlicht als ein Erzeugnis der Phantasie eines Internet-Trolls vom bekannten Imageboard „4chan“ herausgestellt, wie die Internetseite Gateway Pundit berichtet.

Der Internettroll gab selbst zu, dass er den Text des „geheimen Dokuments“ dem Kommentator Rick Wilson noch im November 2016 übergeben habe. „Sie glauben das immer noch. Leute, sie sind in der Tat sehr tollkühn. Das ist nicht der Skandal um Trump, der Vertrauen verdient“, schrieb der anonyme Troll.

Nachdem der TV-Sender CNN am 10. Januar berichtet hatte, dass er ein Dokument zur Verfügung habe, das ernsthafte Vorwürfe gegen Trumps Privatleben beinhalte, versuchte der 4chan-Troll die Situation zu klären: „Wilson dachte, dass die Materialien echt sind, und übergab diese Falsifizierung der CIA, die auf den Gedanken kam, sie in den Bericht über

Russlands Einfluss auf die Wahlen in den USA einzuschließen“.

Am Ende hatten Trump und der scheidende US-Präsident Barack Obama, so der Troll weiter, gar individuelle Gespräche mit den Agenten, die zu dem Schluss gekommen seien, dass die Russen den Präsidenten (Donald Trump – Anm. d. Red.) „mit unserer ausgedachten Geschichte zu erpressen planen“.

Zuvor hatte CNN berichtet, dass die Berichte des ehemaligen britischen MI6-Agenten dem Bericht der US-Geheimdienste über die angeblich stattgefundenen Einmischungen Moskaus in die US-Wahlen zu Grunde gelegt worden seien. Ein Teil dieser Angaben wurde schließlich bei einem Briefing Trump selbst vorgelegt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31329/19/313291965.jpg>

Dan-news.info: Mitteilungen des Pressedienstes des Ministeriums für Industrie und Handel (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Im Jahr 2016 haben die Unternehmen der Republik „Donfrost“ und „Nord“ 51.000 Haushaltskühlschränke produziert, . Dies ist die gemeinsame Zahl beider Unternehmen. Das Unternehmen Nord hat 4000 Herde produziert“.

Das Unternehmen „Nord“, das auf die Herstellung von Haushaltskühlschränken und Herden spezialisiert war, hat im August 2016 seine Produktion eingestellt. Damals wurde auf seiner Basis die Fabrik für Kühltechnik „Donfrost“ geschaffen. Zurzeit arbeiten dort etwa 900 Menschen. Die Fabrik hat Handelsbeziehungen mit den Ländern der Gemeinschaft unabhängiger Staaten und Asiens, wohin mehr als 70 Prozent der Produktion exportiert werden.

Die Unternehmen der Lebensmittelproduktion der DVR haben im Jahr 2016 12.300 Tonnen Konditorwaren, 9400 Tonnen Fleischprodukte sowie 10.200 Tonnen Würzmittel und Soßen produziert. Der Umsatz betrug im Jahr 2016 6,6 Mrd. Rubel. Der Anteil an der Produktion überschreitet 10 Prozent.

Der Umsatz in der Metallindustrie in der DVR betrug im Jahr 2016 51,5 Mrd. Rubel. Die Produktion erhöhte sich im Vergleich zum Jahr 2015, darunter, Gusseisen – um 19,5%, Stahl – um 8,5%, Walzgut – um 39,9%, Koks – um 31,3%.

De.sputniknews.com: 80 Menschen pro Stunde - so schnell „verschwinden“ die Ukrainer. Eine Million Menschen verlassen nach Angaben des Ukrainischen Instituts für Analyse und Management (UIAMP) jährlich die Ukraine. Die meisten wandern nach Ungarn und Polen ab. Die Ukraine verliere damit jede Stunde etwa 80 Menschen, sagte UIAMP-Direktor Ruslan Bortnik am Montag in Kiew.

Die Ukraine erlebe eine „Depopulation“, so der Forscher auf einer Pressekonferenz. Der

schwelende Donbass-Konflikt sei nicht mehr die Hauptursache. Denn es reisten junge Menschen und mittelständische Unternehmer aus: „Diese produktive Klasse schafft in Ungarn, Polen und anderen Staaten den wirtschaftlichen Mehrwert.“ In der Ukraine hat es vor drei Jahren einen Umsturz gegeben. Seitdem balanciert die Ex-Sowjetrepublik am Rande des Staatsbankrotts – trotz des Schuldenschnitts und massiver Finanzspritzen des IWF und der EU.

Dnr-news.com: Die Ukraine will den Bewohnern des Donbass an der Abgrenzungslinie Pässe ausgeben

Das Ministerkabinett der Ukraine beabsichtigt, einen Mechanismus für die Bereitstellung von Verwaltungsdiensten an der Abgrenzungslinie im Donbass auszuarbeiten, unter anderem für die Ausgabe von Pässen an die Bürger der Ukraine; „diese Dienste werden den Ukrainern behilflich sein, die in dem nicht von Kiew kontrollierten Territorium des Donbass leben“, erklärte die Agentur „Ukrainskije Novosti“....

Nach Angaben der Agentur ist für die Lösung dieser Frage eine Frist bis zum April dieses Jahres vorgesehen.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-01/thumbs/1484147778_1481898262.jpg

Abends:

Lug-info.com: Die ukrainische Seite hat trotz der abgeschlossenen Vereinbarung bis jetzt die Wasserlieferungen an die LVR vom sich auf dem von den Kiewer Truppen kontrollierten Teil des Lugansker Gebiets befindenden Petrowskij-Wasserwerk nicht wieder aufgenommen. Dies teilte heute der Zivilschutzminister der LVR Sergej Iwanuschkin mit. Kiew hatte am 1. Dezember die Wasserlieferungen vom Petrowskij-Wasserwerk in die LVR eingestellt und die Lieferungen von der westlichen Filterstation um mehr als die Hälfte

gekürzt.

„Seit dem Augenblick, als sie die Lieferung eingestellt haben, haben sie sie nicht wieder aufgenommen. Sie sagen, dass sie dort ein Leck haben. Ob das wahr ist oder nicht, weiß ich nicht. Wann sie es tun werden – ich weiß es nicht. Wie wir gelebt haben, so werden wir weiterleben“, teilte Iwanuschkin mit.

„Über die westliche Filterstation 2, ja sie haben ein wenig Wasser hinzugefügt, aber über Petrowskij gibt es keine Wasserlieferungen. Wir arbeiten im vorherigen Regime, uns reicht das Wasser nicht“, fügte er hinzu und sagte, dass die von den Behörden der LVR organisierte Ausgabe nach einem Zeitplan es erlaubt, die Einwohner der Republik im nötigen Umfang mit Wasser zu versorgen.

„Wir brauchen dieses Wasser, wir bezahlen dafür, wir erfüllen den Vertrag und sie bisher nicht“, unterstrich der Minister.

Zuvor hatte heute das Oberhaupt der LVR Plotnizkij mitgeteilt, dass die Republik und die Ukraine im Prinzip die Frage der Wasserlieferungen vom von Kiew kontrollierten Territorium des Lugansker Gebiets gelöst haben. Er unterstrich, dass „in Zukunft dieses Problem mit jedem Tag geringer werden wird“, weil die Behörden der LVR Anstrengungen darein legen, die Republik mit auf ihrem Gebiet gefördertem Wasser zu versorgen und „solche Möglichkeiten gibt es“.

Außerdem erschien heute auf der Seite der OSZE-Mission in Facebook eine Mitteilung, dass „gestern bei der Petrowskij Wasserstation beim von der Regierung kontrollierten Artjom wieder der Ausfall einer Leitung erfolgte, dadurch wurde die Wasserversorgung in Lugansk eingeschränkt und etwa 250.000 Menschen waren ohne sauberes Wasser“. Wie die Lugansker mehr als einen Monat, beginnend mit dem 1. Dezember, ohne Wasser auskamen und mehrfach zuvor, wenn Kiew die Wasserblockade verschärfte, teilten die Vertreter der Mission nicht mit.

De.sputniknews.com: Trump: In den Beziehungen zu Russland gibt es keinen „Reset“-Knopf mehr.

In den Beziehungen zu Russland gibt es aus Sicht von Donald Trump keinen „Reset“-Knopf mehr. „Die Beziehungen werden entweder verbessert oder nicht“, sagte Trump am Mittwoch auf seiner ersten Pressekonferenz als gewählter US-Präsident.

„Ich hoffe, dass wir klarkommen werden. Dass es nicht klappt, ist auch nicht auszuschließen. Aber... Russland, China, Japan, Mexiko – alle Länder werden uns deutlich mehr achten als unter unseren vorangegangenen Administrationen“, sagte Trump.

Er hoffe darauf, dass Moskau Washington im Kampf gegen das Terrornetzwerk Islamischer Staat (IS) helfen werde. Diese Terrororganisation wurde nach Ansicht des Republikaners zum Teil auf Verschulden der Administration seines Vorgängers Barack Obama aus der Taufe gehoben.

Zu den Hackerattacken während des Wahlkampfes sagte der Präsident: "Ich glaube, es war Russland." Allerdings würden viele andere Staaten in amerikanische Systeme eindringen. Zugleich äußerte Trump die Überzeugung, dass Russland Server in den USA nicht mehr knacken wird. „Russland hätte das nicht tun sollen“, sagte er und kritisierte vor allem die Demokraten für ihre laxen Computersicherheit. Russland werde die USA mehr achten, nachdem er sein Amt angetreten habe, sagte Trump.

Er glaube nicht, dass sein Vorgänger Obama zu weit gegangen sei, als er Sanktionen gegen Russland wegen mutmaßlicher Cyberattacken Moskaus verhängt habe.

Am 30. Dezember hatte Obama neue Sanktionen gegen neun russische Einrichtungen wie Inlandsgeheimdienst FSB und Militäraufklärung GRU sowie gegen einige natürliche Personen verhängt. Der Schritt wurde mit „ihrer Einmischung in den Wahlprozess in den USA“ und mit dem „Druck auf US-Diplomaten in Russland“ begründet.

Das Nachrichtenportal BuzzFeed wird sich für die Veröffentlichung des sogenannten Geheimberichts mit kompromittierendem Inhalt verantworten, sagte ... Donald Trump ... Mittlerweile hat sich das Dokument als Fake herausgestellt.

„Sie sollten sich auf die Folgen vorbereiten, sie bereiten sich schon darauf vor“, so der

Republikaner. Das Nachrichtenportal bezeichnete der Politiker dabei als „Müllhaufen“, dessen Mitarbeiter – als „sehr unehrliche Menschen“. Ihm zufolge hat er selbst gesehen, wie Medienberichte Menschen „vernichtet“ hätten. „Alles was ich will, ist, dass die Journalisten ehrlich sind“, so Trump.

Unter anderem erwähnte der designierte Präsident, er sei sich nicht sicher, ob die US-Geheimdienste sich an der Veröffentlichung des Fake-Berichts beteiligt hätten. „Vielleicht waren es die Geheimdienste, vielleicht nicht“, sagte er. Im schlimmsten Fall wäre das aber „ein Fleck“ auf ihrem Ruf.

Die Stellungnahme der russischen Regierungsvertreter respektiere Trump wiederum. Kremlsprecher Dmitri Peskow hatte zuvor gesagt, die Berichte seien nichts weiter als eine „Fabrikation“ und „Fiktion“.

Zuvor hatten einige Medien, darunter BuzzFeed und CNN, berichtet, dass den US-Geheimdiensten Material vorliege, mit dem der künftige US-Staatschef Donald Trump von russischer Seite erpressbar gemacht werden sollte. Die Informationen, deren Wahrheitsgehalt noch geprüft werde, hätten angeblich die russischen Geheimdienste gewonnen.

Die meisten US-Medien haben auf Berichte über das angeblich in Moskau lagernde belastende Material gegen den designierten US-Präsidenten Donald Trump verzichtet, wie die Agentur AP am Mittwoch meldet. BuzzFeed-Redakteur Ben Smith, der den Bericht über kompromittierende Materialien über Trump als erster verbreitete, gab mittlerweile selbst zu, dass es Grund genug gebe, diese Informationen zu bezweifeln.

Dnr-news.com: Die Ukraine ist bereit zum Gefangenenaustausch nach der Formel „228 gegen 48“

Die Ukraine ist bereit, einen Gefangenenaustausch mit Vertretern der Donezker und der Lugansker Volksrepublik nach der Formel „228 gegen 48“ durchzuführen. Dies erklärte am Mittwoch der Berater des Leiters des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) Juri Tandit in einer Fernsehsendung des „5. Kanals“.

„Wir ergriffen die Initiative, wir sind bereit, 228 Menschen zu übergeben, um 48 zu erhalten. Ein beispielloser Vorschlag“, sagte Tandit.

Außerdem erinnerte er daran, dass die ukrainische Seite schon 15 Menschen befreit hatte, unter ihnen sechs Frauen und es gebe entsprechende offene Listen. Tandit betonte auch, dass die Listen der Gefangenen auf ukrainischer Seite der SBU von den Vertretern der DVR und LVR erhalte.

„Auf diesen Listen gibt es Hunderte von Menschen“, fügte er hinzu.

Rusvesna.su / dnr-news.com: Die ukrainische Armee beschießt den Donezker Flughafen
Die ukrainischen Streitkräfte beschießen den Donezker Flughafen mit Mörsern und Granatwerfern.

Dies erklärte Eduard Basurin vom operativen Kommando der DVR.

„Im Augenblick registrieren wir den Beschuss des Territoriums des Donezker Flughafens von der Seite der Armee der Ukraine. Der Gegner verwendet Mörser und Granatwerfer unterschiedlichen Typs“, zitiert RIA Novosti die Worte des Vertreters der Verteidigungsbehörde.

Seinen Worten nach ist die Situation unter Kontrolle.